

# Amtsblatt des Amtes Mittelholstein

Kreis Rendsburg-Eckernförde

---

Jahrgang 2024

23.07.2024

Nr.: 54

---

Das Amtsblatt erscheint dienstags und freitags wenn Veröffentlichungen vorliegen und ist kostenlos beim Amt Mittelholstein, Am Markt 15, 24594 Hohenwestedt und seinen Verwaltungsstellen in Aukrug und Hanerau-Hademarschen erhältlich. Außerdem kann das Amtsblatt im Internet unter der Adresse [www.amt-mittelholstein.de](http://www.amt-mittelholstein.de) eingesehen werden.

---

## Inhaltsverzeichnis

1. Amtliche Bekanntmachung der erneuten Veröffentlichung gem. § 4a Abs. 3 i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB zur Aufstellung eines Flächennutzungsplanes für das gesamte Gemeindegebiet der Gemeinde Grauel S. 554
2. Amtliche Bekanntmachung der Hauptsatzung der Gemeinde Aukrug (Kreis Rendsburg-Eckernförde) S. 557

# Amtliche Bekanntmachung

**Amt Mittelholstein**  
**-Der Amtsdirektor-**  
**für die Gemeinde Grauel**

## **Bekanntmachung der erneuten Veröffentlichung gem. § 4a Abs 3 i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB zur Aufstellung eines Flächennutzungsplanes für das gesamte Gemeindegebiet der Gemeinde Grauel**

Der von der Gemeindevertretung Grauel in der Sitzung am 22.07.2024 gebilligte und zur erneuten, verkürzten Auslegung bestimmte Entwurf des Flächennutzungsplanes für das gesamte Gemeindegebiet der Gemeinde Grauel bestehend aus Planzeichnung und Begründung einschl. Umweltbericht wird in der Zeit vom

**vom 31.07.2024-14.08.2024** (einschließlich)

im Internet veröffentlicht. Die Entwurfsunterlagen einschl. dieser Bekanntmachung werden auf der Website des Amtes Mittelholstein unter der Adresse

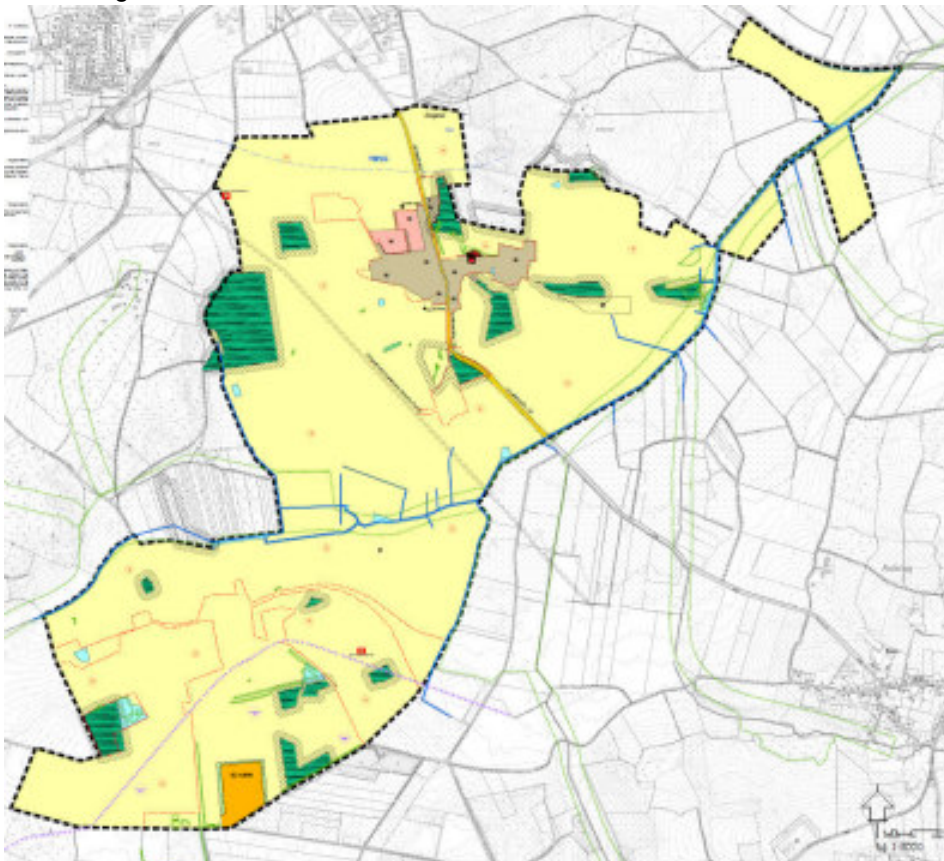
<https://www.amt-mittelholstein.de/leben-arbeiten/bauen-wohnen/aktuelle-bauleitplanung> zur Einsichtnahme bereit.

Zur Gewährleistung einer weiteren leicht zu erreichenden Zugangsmöglichkeit liegen die o.g. Unterlagen in diesem Zeitraum im Amtsgebäude des Amtes Mittelholstein, Am Markt 15, 24594 Hohenwestedt im Zimmer 17 öffentlich aus. Die Einsichtnahme sowie Erörterung ist während der allgemeinen Sprechzeiten

montags	08:00 Uhr – 12:00 Uhr
dienstags	08:00 Uhr – 12:00 Uhr
donnerstags	08:00 Uhr – 12:00 Uhr und 14:00 Uhr – 18:00 Uhr
freitags	08:00 Uhr – 12:00 Uhr

sowie nach telefonischer Vereinbarung unter der Telefonnummer 04871/36-0 oder per Mail ([info@amt-mittelholstein.de](mailto:info@amt-mittelholstein.de)) möglich.

Es wird darauf hingewiesen, dass Kindern und Jugendlichen gleichermaßen die Möglichkeit gegeben ist, sich über die Planungen unterrichten zu lassen.



Neben dem Planentwurf mit Begründung liegen auch folgende umweltbezogene Informationen zur Einsichtnahme bereit:

1. Umweltbericht (Teil II der Planbegründung, B.i.A. -Biologen im Arbeitsverbund, Embsen, vom Dezember 2023)
2. Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB:
  - 2.1. Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung; Landesplanungsbehörde, vom 31.05.2022
  - 2.2. Kreis Rendsburg-Eckernförde, vom 28.04.2022
    - 2.2.1. Fachdienst Umwelt (untere Naturschutzbehörde)
    - 2.2.2. Fachdienst Bauaufsicht und Denkmalschutz (untere Denkmalschutzbehörde)
    - 2.2.3. Fachdienst Umwelt (untere Bodenschutzbehörde)
    - 2.2.4. Fachdienst Umwelt (untere Wasserbehörde, Abwasser)
  - 2.3. Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein, vom 20.04.2022
  - 2.4. Archäologisches Landesamt Stellungnahme, vom 01.12.2021
  - 2.5. Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, untere Forstbehörde, vom 04.04.2022

Hinsichtlich der Umweltbelange wurden auf Grundlage der Bestandssituation und unter Berücksichtigung der Wirkfaktoren des Vorhabens die Auswirkungen auf die relevanten Schutzgüter Boden, Fläche, Wasser, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt, Landschaft und Landschaftsbild, Klima und Luft untersucht. Außerdem wurden die umweltbezogenen Auswirkungen auf den Mensch, seine Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt und auf Kultur-/Sachgüter und auf die menschliche Gesundheit sowie die Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Umweltbelangen geprüft.

Umweltbezogene Informationen zu den Schutzgütern Boden und Fläche finden und sich in (1.) und (2.2.3.). Es werden insbesondere Aussagen getroffen zur naturräumlichen Gliederung, zu Bodentypen und -arten sowie zu unzerschnittenen und verkehrsarmen Räumen. Es folgen Hinweise zu bestehenden Bodenbeeinträchtigungen bzw. Altlasten und zum schonenden Umgang mit den Schutzgütern.

Umweltbezogene Information zum Schutzgut Wasser finden sich in (1.) und (2.2.4.), dabei werden Aussagen getroffen zu Oberflächen- und Grundwasser sowie zur gemeindlichen Abwassersituation und künftigem Oberflächenwassermanagement.

Umweltbezogenen Informationen zu den Schutzgütern Pflanzen, Tiere und zur biologischen Vielfalt befinden sich in (1.), (2.2.1.) und (2.5.). Es werden Hinweise zu gesetzlich geschützten Biotopen, Strukturtypen, Fauna-Flora-Habitat Lebensraumtypen und zum Vorkommen besondere Tier- und Pflanzenarten und Informationen über ihre Verbreitungen im Plangebiet gegeben.

Umweltbezogene Information zum Schutzgut Landschaft bzw. Landschaftsbild und eine Darstellung der wichtigsten Landschaftsbildeinheiten und zur Erholungsfunktion befinden sich in (1.).

Umweltbezogenen Informationen und Bewertungen zu den Schutzgütern Klima und Luft lassen sich in (1.) finden.

Umweltbezogenen Informationen zu den Schutzgütern Mensch, Gesundheit und Bevölkerung befinden sich in (1.). Hinweise zu den allgemeinen Vorbelastungen auf die betrachteten Schutzgüter durch landwirtschaftliche Nutzungen erfolgen in (2.3.).

Umweltbezogenen Informationen zu den Schutzgütern Kultur- und Sachgütern lassen sich in (1.), (2.2.2.) und (2.4.) finden. Es werden Aussagen zur Siedlungsgeschichte, zu Kulturdenkmälern und zu archäologischen Interessensgebieten gegeben.

In (1.) wird dargelegt, dass sich bei Planrealisierung und unter Berücksichtigung von Kompensationsmaßnahmen für keines der erarbeiteten Schutzgüter eine relevante bzw. erhebliche Beeinträchtigung ergibt. Sich summierende Wechselwirkungen mit erheblicher Auswirkung werden ebenfalls ausgeschlossen.

Während der Dauer der Auslegungsfrist können alle an der Planung Interessierten die Planungsunterlagen einsehen sowie Stellungnahmen im Bezug auf die Änderungen oder Ergänzungen der Planunterlagen sowie ihre möglichen Auswirkungen elektronisch oder per Mail an [info@amt-mittelholstein.de](mailto:info@amt-mittelholstein.de), bei Bedarf aber auch schriftlich oder zur Niederschrift abgeben.

Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Flächennutzungsplan unberücksichtigt bleiben, wenn die Gemeinde Grauel den Inhalt nicht kannte oder nicht hätte kennen müssen und deren Inhalt für die Rechtmäßigkeit des Flächennutzungsplanes nicht von Bedeutung ist.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt auf Grundlage des Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe e der Datenschutzverordnung (DSGVO) in Verbindung mit § 3 BauGB und des Landesdatenschutzgesetzes. Sofern

Stellungnahmen ohne Absenderangaben abgegeben werden, erhält der Einsender keine Mitteilung über das Ergebnis der Prüfung. Weitere Informationen entnehmen Sie bitte dem Formblatt „Informationspflicht bei der Erhebung von Daten im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung nach dem BauGB (Artikel 13 DSGVO)“, das mit ausliegt.

Hohenwestedt, der 23.07.2024  
Amt Mittelholstein  
-Der Amtsdirektor-

Im Auftrag  
gez. Fenja Eggers

# Amtliche Bekanntmachung

## Hauptsatzung der Gemeinde Aukrug (Kreis Rendsburg-Eckernförde)



Aufgrund des § 4 Abs. 1 Satz 1 und 2 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) vom 28. Februar 2003 (GVOBl. Schl.-Holst. S. 57) in der zuletzt geänderten Fassung vom 27. Oktober 2023 (GVOBl. Schl.-Holst. S. 514), wird nach Beschluss der Gemeindevertretung vom 12.06.2024 und mit Genehmigung des Landrates des Kreises Rendsburg-Eckernförde folgende Hauptsatzung für die Gemeinde Aukrug erlassen:

### § 1

#### Wappen, Flagge, Siegel

- (1) Das Wappen zeigt in Grün über silbernem Wellenbalken ein silbernes Rad mit vier Speichen (Radkreuz), belegt in der Mitte und an den vier äußeren Enden der Speichen mit zusammen fünf roten, mit goldenen Samenkapseln und goldenen Kelchblättern versehenen Rosenblüten.
- (2) Die Gemeindeflagge zeigt in weißem, oben und unten von einem grünen Streifen begrenzten Tuch das Gemeindegewappen etwas zur Stange hin verschoben.
- (3) Das Dienstsiegel zeigt das Gemeindegewappen mit der Umschrift "Gemeinde Aukrug, Kreis Rendsburg-Eckernförde".
- (4) Die Verwendung des Gemeindegewappens durch Dritte ist grundsätzlich erlaubt, soweit die Gemeindevertretung im Einzelfall die Verwendung durch Beschluss nicht untersagt.

### § 2

#### Sitzungen in Fällen höherer Gewalt

- (1) Bei Naturkatastrophen, aus Gründen des Infektionsschutzes oder vergleichbaren außergewöhnlichen Notsituationen, die eine Teilnahme der Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter an Sitzungen der Gemeindevertretung erschweren oder verhindern, können die notwendigen Sitzungen der Gemeindevertretung ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder im Sitzungsraum als Videokonferenz durchgeführt werden. Dabei werden geeignete technische Hilfsmittel eingesetzt, durch die die Sitzung einschließlich der Beratungen und Beschlussfassungen zeitgleich in Bild und Ton an alle Personen mit Teilnahmerechten übertragen werden. Die Entscheidung hierüber trifft die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister.
- (2) Sitzungen der Ausschüsse und der Beiräte können im Sinne des Absatzes 1 durchgeführt werden.
- (3) In einer Sitzung nach Abs. 1 und 2 findet eine Wahl im Falle eines Widerspruchs nach § 40 Abs. 2 GO durch geheime briefliche Abstimmung statt.
- (4) Die Gemeinde entwickelt ein Verfahren, wie Einwohnerinnen und Einwohner im Fall der Durchführungen von Sitzungen im Sinne des Absatzes 1 Fragen zu Beratungsgegenständen oder anderen Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft stellen und Vorschläge und Anregungen unter-

breiten können. Das Verfahren wird mit der Tagesordnung zur Sitzung im Sinne des Absatzes 1 bekanntgemacht.

(5) Die Öffentlichkeit im Sinne des § 35 Abs. 1 Satz 1 GO wird durch eine zeitgleiche Übertragung von Bild und Ton in einem öffentlich zugänglichen Raum und durch eine Echtzeitübertragung oder eine vergleichbare Einbindung über Internet hergestellt.

### **§ 3**

#### **Bürgermeisterin oder Bürgermeister**

(1) Der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister obliegen die ihr oder ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben.

(2) Sie oder er entscheidet ferner über

1. Stundungen bis zu einem Betrag von 20.000,00 €,
2. Niederschlagung von Ansprüchen, soweit ein Betrag von 5.000,00 € nicht überschritten wird.
3. Verzicht auf Ansprüche der Gemeinde, soweit ein Betrag von 1.000,00 € nicht überschritten wird.
4. Übernahme von Bürgschaften, Abschluss von Gewährverträgen und Bestellung anderer Sicherheiten für Dritte sowie Rechtsgeschäfte, die dem wirtschaftlich gleichkommen, soweit ein Betrag von 6.000,00 € nicht überschritten wird,
5. Erwerb von Vermögensgegenständen, soweit der Wert des Vermögensgegenstandes einen Betrag von 6.000,00 € nicht übersteigt,
6. Abschluss von Leasing-Verträgen, soweit die monatliche Belastung einen Betrag von 500,00 € und die jährliche Belastung einen Betrag von 6.000,00 € nicht übersteigt,
7. Veräußerung und Belastung von Gemeindevermögen, soweit der Wert des Vermögensgegenstandes oder die Belastung einen Wert von 6.000,00 € nicht übersteigt,
8. Annahme oder Vermittlung von Schenkungen, Spenden und Erbschaften bis zu einem Wert von 25.000,00 €,
9. Anmietung und Anpachtung von Grundstücken und Gebäuden, soweit der monatliche Mietzins 500,00 € nicht überschreitet,
10. Vergabe von Aufträgen bis zu einem Wert von 25.000,00 €,
11. Vergabe von Architekten- und Ingenieurleistungen bis zu einem Wert von 6.000,00 €,
12. die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens nach dem Baugesetzbuches,
13. Verzichtserklärungen zum gemeindlichen Vorkaufsrecht nach dem Baugesetzbuch.

(3) Der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister wird die Entscheidung über die Einstellung von befristeten Beschäftigten und geringfügig Beschäftigten übertragen. Darüber hinaus wird der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister ausschließlich für den Bereich der Kindertagesstätte Aukrug die Entscheidung über Personalangelegenheiten inklusive der Einstellung von unbefristeten Beschäftigten übertragen, soweit diese Entscheidungen sich im Rahmen des Personalkonzeptes/ Stellenplanes bewegen und es sich nicht um Leitungspositionen handelt.

### **§ 4**

#### **Gleichstellungsbeauftragte**

(1) Die Gleichstellungsbeauftragte des Amtes Mittelholstein kann an den Sitzungen der Gemeindevertretung und der Ausschüsse teilnehmen. Das Teilnahmerecht gilt auch für nichtöffentliche

Teile von Sitzungen. Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung sind ihr rechtzeitig bekannt zu geben. In Angelegenheiten ihres Aufgabenbereichs ist ihr auf Wunsch das Wort zu erteilen.

(2) Die Gleichstellungsbeauftragte trägt zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Gemeinde bei. Sie ist dabei insbesondere in folgenden Aufgabenbereichen tätig:

- Einbringung frauenspezifischer Belange in die Arbeit der Gemeindevertretung,
- Prüfung von Verwaltungsvorlagen auf ihre Auswirkungen für Frauen, z. B. auch bei der Aufstellung eines Bebauungsplanes.
- Mitarbeit an Initiativen zur Verbesserung der Situation von Frauen in der Gemeinde,
- Anbieten von Sprechstunden und Beratung für hilfeschende Frauen,
- Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Gruppen, Institutionen, Betrieben und Behörden, um frauenspezifische Belange wahrzunehmen.

(3) Sie ist im Rahmen ihres Aufgabenbereichs an allen Vorhaben so frühzeitig zu beteiligen, dass ihre Initiativen, Anregungen, Vorschläge, Bedenken oder sonstige Stellungnahmen berücksichtigt werden können. Dazu sind ihr die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Unterlagen zur Kenntnis zu geben sowie erbetene Auskünfte zu erteilen.

(4) Die Gleichstellungsbeauftragte kann in ihrem Aufgabenbereich eigene Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Dabei ist sie an Weisungen nicht gebunden.

## **§ 5 Ständige Ausschüsse**

(1) Die folgenden ständigen Ausschüsse nach § 45 Abs. 1 GO werden gebildet:

a) Haupt- und Finanzausschuss

*Zusammensetzung:*

9 Mitglieder

*Aufgabengebiet:*

Koordinierung der Ausschussarbeit, Finanz- und Haushaltswesen, Prüfungswesen im Sinne des 1. Abschnitts des 6. Teils der GO, allgemeine Gebäude und Grundeigentum, Verträge, Satzungswesen, allgemeine Personalangelegenheiten, Beschwerden von Bürgern, Feuerwehrwesen, Friedhofsangelegenheiten, Freibad

b) Ausschuss für Bau und Planungen

*Zusammensetzung:*

9 Mitglieder

*Aufgabengebiet:*

Bauleitplanung, Bauangelegenheiten, Hoch- u. Tiefbauwesen, Wohnungsbauförderung, Straßen, Wege- und Gewässer, Bauhof

c) Werkausschuss

*Zusammensetzung:*

9 Mitglieder

*Aufgabengebiet:*

Gemeindewerke mit ihren unterschiedlichen Betätigungsfeldern, wie beispielsweise Wasser, Abwasser, kommunale Wärmeplanung etc.

d) Ausschuss für Bildung und Soziales

*Zusammensetzung:*

9 Mitglieder

*Aufgabengebiet:*

Allgemeines Schulwesen, Schuleinrichtung und Ausstattung, Turn- und Sportanlagen, Volkshochschule, Büchereiwesen, Chöre, Kultur, Jugendarbeit, Förderung u. Unterhaltung von Einrichtungen für die Jugend, Sozialwesen, Altenbetreuung und Altentreffpunkt, Sozialstation, Kindertagesstätten, Betreuung von Verbänden der freien Wohlfahrtspflege u.ä. Einrichtungen, ärztliche Versorgung

e) Ausschuss für Wirtschaft und Umwelt

*Zusammensetzung:*

9 Mitglieder

*Aufgabengebiet:*

Heimatspflege, Nachhaltige Entwicklungen, Gemeinschaftsveranstaltungen, Pflege von Patenschaften, Ortsverschönerung, Entwicklung und Betreuung von Einrichtungen für die Erholung, Fremdenverkehr, Tourismus, Wirtschaftsförderung, Umweltschutz, Landschaftspflege, Umweltbelange von Vorhaben und Planungen der Gemeinde, Landschaftsplanung, Zusammenarbeit mit Vereinen und Verbänden, die im Bereich des Natur- und Landschaftsschutzes tätig sind.

In die unter Ziffer a) bis e) genannten Ausschüsse können Bürgerinnen und Bürger gewählt werden, die der Gemeindevertretung angehören können; ihre Zahl darf die der Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter im Ausschuss nicht erreichen.

(2) Neben den in Absatz 1 genannten ständigen Ausschüssen der Gemeindevertretung werden die nach besonderen gesetzlichen Vorschriften zu bildenden Ausschüsse bestellt.

(3) Die Gemeindevertretung kann für die Ausschussvorsitzende/den Ausschussvorsitzenden eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter wählen.

(4) Zur Stellvertretung der Ausschussmitglieder wird nach Fraktionen getrennt ein Pool von jeweils 4 Personen gewählt, die die Ausschussmitglieder im Falle einer Verhinderung in der Reihenfolge, in der sie gewählt sind, vertreten. In diesen Pool können neben Gemeindevertretern auch bis zu 2 bürgerliche Mitglieder gewählt werden.

(5) Den Ausschüssen wird die Entscheidung über die Befangenheit ihrer Mitglieder und den nach § 46 Abs. 9 GO an den Ausschusssitzungen teilnehmenden Mitgliedern der Gemeindevertretung übertragen.

## **§ 6 Ortsteile**

Es bestehen folgende Ortsteile:

- |             |           |           |
|-------------|-----------|-----------|
| 1. Bargfeld | 2. Böken  | 3. Bünzen |
| 4. Homfeld  | 5. Innien |           |

## **§ 7 Ortsteilverfassung**

(1) Für die Ortsteile werden folgende Ortsbeiräte gebildet. Sie bestehen aus folgenden Mitgliedern:

- |             |               |            |              |
|-------------|---------------|------------|--------------|
| 1. Bargfeld | 7 Mitglieder  | 2. Böken   | 9 Mitglieder |
| 3. Bünzen   | 9 Mitglieder  | 4. Homfeld | 9 Mitglieder |
| 5. Innien   | 11 Mitglieder |            |              |



(2) In die Ortsbeiräte können Gemeindevertreterinnen und -vertreter und andere Bürgerinnen und Bürger, die der Gemeindevertretung angehören können, gewählt werden. Die Zahl der anderen Bürgerinnen und Bürger muss die der Gemeindevertreterinnen und -vertreter im Ortsbeirat übersteigen.

## **§ 8 Gemeindevertretung**

Die Gemeindevertretung trifft die ihr nach § 27 und 28 GO zugewiesenen Entscheidungen, soweit sie sie nicht auf die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister oder auf ständige Ausschüsse übertragen hat.

## **§ 9 Einwohnerversammlung**

(1) Die oder der Vorsitzende der Gemeindevertretung kann eine Versammlung der Einwohnerinnen und Einwohner einberufen. Das Recht der Gemeindevertretung, die Einberufung einer Einwohnerversammlung zu verlangen, bleibt unberührt. Die Einwohnerversammlung kann auch auf Teile des Gemeindegebietes beschränkt durchgeführt werden.

(2) Für die Einwohnerversammlung ist von der oder dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung eine Tagesordnung aufzustellen. Die Tagesordnung kann aus der Einwohnerversammlung ergänzt werden, wenn mindestens die Hälfte der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner einverstanden sind. Zeit, Ort und Tagesordnung der Einwohnerversammlung sind öffentlich bekannt zu geben.

(3) Die oder der Vorsitzende der Gemeindevertretung leitet die Einwohnerversammlung. Sie oder er kann die Redezeit auf bis zu 3 Minuten je Rednerin oder Redner beschränken, falls dies zur ordnungsmäßigen Durchführung der Einwohnerversammlung erforderlich ist. Sie oder er übt das Hausrecht aus.

(4) Die oder der Vorsitzende der Gemeindevertretung berichtet in der Einwohnerversammlung über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde und stellt diese zur Erörterung. Einwohnerinnen und Einwohnern ist hierzu auf Wunsch das Wort zu erteilen. Über Anregungen und Vorschläge aus der Einwohnerversammlung ist offen abzustimmen. Vor der Abstimmung sind die Anregungen und Vorschläge schriftlich festzulegen. Sie gelten als angenommen, wenn für sie die Stimmen von mindestens die Hälfte der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner abgegeben werden. Eine Abstimmung über Anregungen und Vorschläge, die nicht Gemeindeangelegenheiten betreffen, ist nicht zulässig.

(5) Über jede Einwohnerversammlung ist eine Niederschrift aufzunehmen. Die Niederschrift soll mindestens enthalten:

1. die Zeit und den Ort der Einwohnerversammlung,
2. die Zahl der teilnehmenden Einwohnerinnen und Einwohner,
3. die Angelegenheiten, die Gegenstand der Einwohnerversammlung waren,
4. den Inhalt der Anregungen und Vorschläge, über die abgestimmt wurde, und
5. das Ergebnis der Abstimmung.

Die Niederschrift wird von der oder dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung und der Protokollführerin oder dem Protokollführer unterzeichnet.

(6) Anregungen und Vorschläge der Einwohnerversammlung, die in der Gemeindevertretung behandelt werden müssen, sollen dieser zur nächsten Sitzung zur Beratung vorgelegt werden.

## **§ 10** **Verträge nach § 29 Abs. 2 GO**

Verträge der Gemeinde mit Gemeindevertreterinnen oder Gemeindevertretern, Mitgliedern oder stellvertretenden Mitgliedern der Ausschüsse nach § 46 Abs. 3 GO oder der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister und juristischen Personen, an denen Gemeindevertreterinnen oder Gemeindevertreter, Mitglieder oder stellvertretende Mitglieder der Ausschüsse nach § 46 Abs. 3 GO oder die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister beteiligt sind, die keinen öffentlichen Auftrag im Sinne des geltenden Vergaberechtes zum Gegenstand haben, sind ohne Zustimmung der Gemeindevertretung rechtsverbindlich, wenn sie sich innerhalb einer Wertgrenze von 6.000,00 €, bei wiederkehrenden Leistungen von monatlich 500,00 €, halten. Verträge, die die Vergabe eines öffentlichen Auftrages zum Gegenstand haben, sind ohne Zustimmung der Gemeindevertretung rechtsverbindlich, wenn die Auftragsvergabe unter Anwendung des für die jeweilige Auftragsart geltenden Vergaberechtes erfolgt ist und der Auftragswert den Betrag von 25.000,00 €, bei wiederkehrenden Leistungen einen Betrag von 2.500,00 € im Monat, nicht übersteigt. Erfolgt die Auftragsvergabe unter den Voraussetzungen des Satzes 2 im Wege der Verhandlungsvergabe oder im Wege des Direktauftrages, ist der Vertrag ohne Beteiligung der Gemeindevertretung rechtsverbindlich, wenn der Auftragswert den Betrag von 6.000,00 €, bei wiederkehrenden Leistungen einen Betrag in Höhe von 500,00 € im Monat, nicht übersteigt.

## **§ 11** **Verpflichtungserklärungen**

Verpflichtungserklärungen zu Geschäften, deren Wert 6.000,00 €, bei wiederkehrenden Leistungen monatlich 500,00 € nicht übersteigt, sind rechtsverbindlich, auch wenn sie nicht den Formvorschriften des § 51 Abs. 2 und 3 GO entsprechen.

## **§ 12** **Veröffentlichungen**

(1) Satzungen der Gemeinde werden im amtlichen Bekanntmachungsblatt des Amtes Mittelholstein veröffentlicht. Es trägt die Bezeichnung „Amtsblatt des Amtes Mittelholstein“, erscheint dienstags und freitags wenn Veröffentlichungen vorliegen, und ist kostenlos bei der Amtsverwaltung in Hohenwestedt, Am Markt 15 oder in den Verwaltungsstellen in Aukrug, Am Raiffeisenturm 2 und in Hanerau-Hademarschen, Kaiserstraße 11, erhältlich.

Fällt der Erscheinungstag auf einen Feiertag, so erscheint das Bekanntmachungsblatt am davor liegenden Werktag.

Für den Fall, dass eine zusätzliche Ausgabe erscheint, wird auf das Erscheinen und den amtlichen Teil in der „Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung“ und dem „Holsteinischen Courier“ hingewiesen.

(2) Auf die gesetzlich vorgeschriebene Auslegung von Plänen und Verzeichnissen ist in der Form des Absatzes 1 hinzuweisen.

(3) Andere gesetzlich vorgeschriebene öffentliche Bekanntmachungen erfolgen ebenfalls in der Form des Absatzes 1, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist.

(4) Nach dem Baugesetzbuch erforderliche örtliche Bekanntmachungen der Gemeinde werden zusätzlich ins Internet unter der Adresse [www.amt-mittelholstein.de](http://www.amt-mittelholstein.de) eingestellt und über das zentrale Internetportal des Landes auf [www.schleswig-holstein.de/bauleitplanung](http://www.schleswig-holstein.de/bauleitplanung) zugänglich gemacht.

### **§ 13 Inkrafttreten**

Die Hauptsatzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung vom 19.04.2024 außer Kraft.

Die Genehmigung nach § 4 Abs. 1 der Gemeindeordnung wurde durch Verfügung des Landrats des Kreises Rendsburg-Eckernförde vom 02.07.2024 erteilt.

Die vorstehende Satzung wird hiermit ausgefertigt und ist bekannt zu machen.

Aukrug, den 15.07.2024

gez.: (L.S.)

Carsten Bieler  
(1. stellvertretender Bürgermeister)

